

dert. Die Ziele sind also ein besseres Leben und eine stärkere Persönlichkeitsentfaltung, beides zutiefst sozialdemokratische Themen. Noch ist nicht geklärt, ob die Digitalisierung das leisten wird. Das Potenzial dazu hat sie. Wir müssen ganz einfach die Offenheit und den Mut dafür aufbringen, die Entwicklung in die richtigen Bahnen zu lenken. Und zwar in einer Weise,

die zu unseren Werten, Stärken und Traditionen passen. Mit einiger Bewunderung behaupten die Amerikaner doch: »The Germans are good in making real stuff«. Das stimmt. Und es ist die beste Voraussetzung für unseren weiteren Erfolg. Denn wir werden auch in Zukunft trotz Digitalisierung in einer realen und nicht in einer virtuellen Welt leben.



**Matthias Machnig**

ist Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Zuvor war er u.a. Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie und Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

*buero-st-m@bmwi.bund.de*

*Ralf Stegner*

## Neue Gerechtigkeitsfragen

### Gesellschaft der Ungleichheit – Wenn Beteiligung an Wahlen zur Elitensache wird

Meine Eltern sind immer wählen gegangen. Daran erinnere ich mich gut. Der Wahltag war bei uns ein besonderer Tag. Auch wenn sie uns fünf Kinder nicht mit ins Wahllokal genommen haben, wusste ich, dass sie dort etwas Wichtiges taten. Politik war bei uns zu Hause durchaus ein Thema, über das wir auch im Alltag sprachen – nicht als Elitendiskussion, meine Eltern waren schließlich Gastwirte, sondern als ein Thema, das alle betrifft. Das hat mir eine wichtige Lektion fürs Leben mitgegeben.

Heute nehmen erschreckend viele Menschen an diesem Wahlakt, der unser demokratisches Gemeinwesen konstituiert, nicht mehr teil. Die Wahlbeteiligung hat in den letzten Jahrzehnten zwar moderat, aber kontinuierlich abgenommen. Teils die Hälfte der Wahlberechtigten hat bei den vergangenen Landtagswahlen nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, ganz zu schweigen von den wenigen, die ihr Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen

Parlament nutzten. Was sagt das über unser Zusammenleben aus? Kann eine demokratische Gesellschaft gerechte Entscheidungen auch dann fällen, wenn sich immer mehr Menschen nicht beteiligen?

Demokratie ist die Grundlage unseres Gemeinwesens. »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.« So steht es in Artikel 20 unseres Grundgesetzes. An demokratischen Wahlen darf jede Bürgerin und jeder Bürger teilnehmen, denn das Wahlrecht ist – bis auf Mindestalter und Staatsbürgerschaft – an keine Bedingungen geknüpft. Die Sozialdemokratie hat in ihrer 152-jährigen Geschichte lange für dieses wie übrigens auch für die meisten anderen der sogenannten bürgerlichen Rechte gekämpft. Mittlerweile stehen sie seit 66 Jahren auch in unserem Grundgesetz.

Doch in der öffentlichen Debatte mehrten sich Begriffe wie Politikverdrossen-

heit, Wahlmüdigkeit oder Krise der Demokratie. Politik und Wahlen sind immer mehr Menschen fremd. Es ist aber gefährlich für die Demokratie, wenn ein (zu) großer Teil der Gesellschaft der Demokratie stillschweigend den Rücken kehrt. Die Gründe dafür sind vielfältig: Manche Menschen verstehen schlicht nicht, was die politischen Alternativen konkret für sie bedeuten würden und enthalten sich der Wahl. Andere sind enttäuscht von der Politik und verzichten aus Protest auf das Wählen. Wieder anderen ist es vermeintlich egal, wer gewählt wird – sie empfinden es als nicht wichtig genug, sich selbst zu beteiligen, weil sie ihren eigenen Anteil gering schätzen. Einige finden keine politische Partei, die ihre persönlichen Ziele verfolgt. Manche Menschen verbinden Wahlkampf vor allem mit unangenehmem Meinungsstreit, mit dem sie lieber nichts zu tun haben wollen. Und es gibt nicht wenige Menschen, die nicht (mehr) an die Gestaltungskraft der Gesellschaft durch die Politik glauben – das ist der bitterste Grund für Demokratinnen und Demokraten. Ohnmacht, Desinteresse, Enttäuschung, fehlende Alternativen – das sind alles Entwicklungen, denen wir Politikerinnen und Politiker entgegenwirken müssen. Die Demokratie lebt davon, dass wir alle über die Geschehnisse des Landes entscheiden – mindestens indem wir uns an den regulären Wahlen beteiligen.

Aktuelle Studien und Umfragen belegen, dass Menschen mit geringerem Einkommen und einem niedrigen Schulabschluss seltener zur Wahl gehen als andere Gruppen. Im Gegensatz dazu gehen Menschen mit höherem Bildungsgrad häufiger zur Wahl und haben öfter eine feste Parteipräferenz. Doch auch bei den vermeintlich Intellektuellen wächst die Politikverachtung, die einige durch öffentliche Nichtwahl zelebrieren. In Fachkreisen wird die Zahl derer, die sich dauerhaft nicht mehr an Wahlen beteiligen auf ein Drittel geschätzt. Wenn sich jeder Dritte in unserem

Land aus dem politischen Leben herauszieht, entscheiden zwei Drittel der Bevölkerung für diese anderen mit. Überspitzt kann man sagen: Die »oberen« zwei Drittel bestimmen die Politik in Deutschland. Das heißt für uns: Je größer die sozioökonomischen Unterschiede und je größer das Bildungsgefälle, desto größer ist auch, statistisch, die politische Ungleichheit. Parlamente bilden dann eben nur den Willen der zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung ab, die am Wahlakt partizipiert hat. Dass der nichtwählende Teil der Bevölkerung sich durch die Parlamente dann eben auch nicht repräsentiert sieht, bestärkt im Zweifel seine Entscheidung. In unserer Demokratie, die auf der Gleichheit aller Menschen fußt, dürfen wir diese Schiefelage nicht akzeptieren. Andersherum bedeutet es aber auch, dass die Qualität der Demokratie zunimmt, wenn wir es schaffen, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten fühlen und Interesse am Mitemtscheiden haben.

Deshalb hat der SPD-Parteivorstand bereits im vergangenen Herbst die Generalsekretärin Yasmin Fahimi und mich mit der Bildung einer überparteilichen Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung und zur Stärkung der Demokratie beauftragt. Im schleswig-holsteinischen Landtag hatte ich eine solche überparteiliche Initiative bereits im Vorfeld anschieben können. Bis zum Bundesparteitag im Dezember wollen wir nun sowohl innerparteilich als auch öffentlich mit den anderen demokratischen Parteien im Bundestag sowie der FDP Ideen und Vorschläge diskutieren, die helfen können, mehr Menschen für die Demokratie zu begeistern. Hier wird es um Ideen gehen, die dazu führen, dass Menschen besser über die Wahlentscheidung informiert und stärker zum Wählen motiviert werden. Es werden auch Maßnahmen diskutiert werden, wie das Wahlsystem reformiert oder um weitere demokratische Verfahren ergänzt werden könnte. Einige Vorschläge wie die Einrich-

tung mobiler Wahlurnen oder längerer Wahlzeiten liegen dazu ja schon auf dem Tisch.

Klar ist für mich: Die demokratischen Parteien haben eine Mitverantwortung dafür, wie Menschen auf den politischen Prozess schauen, und somit auch eine Teilschuld am Problem: Wenn die Alternativen nicht eindeutig, in klarer Sprache, benannt werden, und einige Politikerinnen und Politiker nicht die einfache Regel beherzigen zu tun was sie sagen und zu sagen was sie tun, wird Politik nicht verständlicher und attraktiver. Ich finde deshalb: Parteien müssen sich im Profil deutlich voneinander unterscheiden. Es muss echte Alternativen geben. Für uns Sozialdemokratinnen und -demokraten muss das unter anderem bedeuten, die aktuellen Verteilungsfragen mutig anzupacken. Nur mit einem starken Staat, der mehr in Bildung investiert, Familien besser unterstützt und das Einkommen aus Erwerbsarbeit gegenüber dem aus Kapitalerträgen besserstellt, können wir unsere Gesellschaft gerecht gestalten.

Manche meinen, ein Zuwenig an Partizipationsmöglichkeiten hätte einen Anteil an der geringen Wahlbeteiligung. Direkt-demokratische Elemente gelten oft als Heilmittel. Leider sind aber die sozialen Unterschiede bei Volksentscheiden sogar noch größer als bei allgemeinen Wahlen. Studien zeigen: Ärmere Menschen gehen hier besonders selten zu Abstimmungen, während sich vor allem gutsituierte männliche Wähler beteiligen. Zusätzliche direkt-demokratische Abstimmungen können zwar die öffentliche Debatte befeuern – deswegen finde ich sie bedenkenswert –, sie führen aber nicht zu einer höheren Beteiligung und sind somit kein Heilmittel gegen die Wahlmüdigkeit. Zuerst muss die soziale Spaltung überwunden werden!

Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten stehen dafür ein, dass die Starken den Schwachen helfen. Dazu gehört auch, dass wir politische Ungleichheit nicht zu-

lassen. Für mich spielt mehr politische Bildung hier eine wichtige Rolle, an Schulen und Berufsschulen, aber auch an öffentlichen Orten. Nicht nur durch formale Wissensvermittlung über Wahlsystem und Koalitionsbildungen, sondern zum Beispiel auch durch den direkten Dialog von Politikmachenden und Wählerinnen und Wählern, der nebenbei wichtige demokratische Kompetenzen wie Konflikt- und Diskussionsfähigkeit schult. Politikerinnen und Politiker sind eben keine abgehobene Kaste. Wer erlebt, dass die meisten von ihnen mit Leidenschaft bei der Sache sind, entwickelt vielleicht eher den Wunsch, selbst mitzumachen, und lernt, dass jede und jeder selbst aktiv werden kann, und zwar nicht nur bei der Stimmabgabe, sondern auch durch eigenes Engagement in Parteien. Das ist ja das Versprechen der Demokratie: Jede Person kann selbst Politiker/in werden.

Einige Menschen haben es in Deutschland allerdings noch immer schwerer als andere. Im OECD-Schnitt sind Bildungschancen in Deutschland besonders ungerecht verteilt. Kinder von Akademikerinnen und Akademikern haben ungleich höhere Chancen auf einen hohen Bildungsabschluss als Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Für mich ist Bildung die Grundlage einer gerechten Gesellschaft, in der Menschen durch Fleiß und Talent ihre selbstgesteckten Ziele erreichen können. Wir brauchen echte Chancengleichheit und damit Chancengerechtigkeit. Deshalb haben wir in der SPD Schleswig-Holstein viele konkrete Maßnahmen ergriffen, wie zum Beispiel, dass Kinder an Gemeinschaftsschulen gemeinsam und voneinander lernen, die Unterrichtsversorgung z.B. durch mehr Lehrkraftstellen pro Kind verbessert wird oder Schulassistenzen die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen. Kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium: Der Weg ist weit, doch es lohnt sich, ihn zu gehen. Denn wir wollen starke und selbstbewusste Staatsbürgerinnen und

Staatsbürger, die ihre Rechte und Pflichten selbstbestimmt wahrnehmen können. Unser Ziel ist es, den Menschen dabei zu helfen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Bildung soll hier dabei helfen, dass möglichst alle ihre Wünsche innerhalb des demokratischen Staats leben können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist soziale Gerechtigkeit Maßstab und Kompass unserer Politik. Deshalb beschäftigt sich meine Partei in Schleswig-Holstein in diesem Jahr intensiv damit, was Gerechtigkeit aktuell für uns bedeutet. Wir brauchen eine Vorstellung davon, wie wir in Zukunft gemeinsam leben wollen. Die Weichen für mehr Gerechtigkeit müssen wir schon heute stellen. Im September wird es einen Kongress mit Fachleuten aus Institutionen, Vereinen und Verbänden, aber auch aus der Politik geben. Hier werden wir Probleme benennen, notwendige Maßnahmen der nächsten Jahre diskutieren und Strategien entwickeln, wie wir Ungleichheit entgegenwirken und mehr Gerechtigkeit schaffen können.

Wir müssen bei Fragen der Gerechtigkeit aber auch über unseren Tellerrand hinausschauen. Unsere Welt ist schneller und vernetzter geworden. Mit der Deregulierung der Märkte während der Finanzkrise haben sich Machtverhältnisse verschoben. Manche Politiker/innen beschreiben Entscheidungen als alternativlos, weil wirtschaftliche oder rechtliche Zwänge es scheinbar nicht anders zulassen. Das steigert bei vielen den Politikfrust. Wichtige gesellschaftliche Fragen müssen wir entscheiden – und nicht Märkte oder Investoren. Einige politische Fragen können allerdings tatsächlich nur international beantwortet werden. Wir werden uns auch weiter an der Debatte beteiligen, wie wir eine friedliche und gerechte Weltordnung schaffen können. Denn wir dürfen existenzielle Zukunftsaufgaben nicht weiter in die Zukunft verschieben. Das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig. Ich bin überzeugt: Mit mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Chancengleichheit können wir die politische Beteiligung erhöhen. Das wird unsere Gesellschaft gerechter machen.



**Ralf Stegner**

war Finanz- und Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, ist Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SPD.

[ralf.stegner@spd.de](mailto:ralf.stegner@spd.de)

*Gernot Erler*

## Mit einer neuen Ostpolitik aus der Krise?

### Realitätscheck für eine Friedenshoffnung

Es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme. Wir sind noch mittendrin in der tiefsten Krise zwischen dem Westen und Russland seit dem Ende des Kalten Krieges. Noch immer wird gekämpft, noch immer sterben Menschen in der Ostukraine. Bewaffnete wie Zivilisten. Mitten in Europa. Das Krisenma-

nagement bindet also weiter unsere Kräfte. Aber die Diskussion über das, was über den Tag hinausgeht, hat längst begonnen. Wir hatten uns an eine Europäische Friedensordnung gewöhnt, die ihren Dienst tut. Wir hatten uns darauf verlassen, dass trotz einiger Meinungsunterschiede, Interessenkol-